

Die zweite Vollziehung der Londoner Konferenz.

Frankreichs Widerstand gegen die Einladung der Deutschen.

London, 24. Juli. (WTB.) Die gestrige Vollziehung der Konferenz wurde von Macdonald mit einer Erklärung über die Vertretung der Dominions und Indiens eröffnet, wobei er betonte, daß in dieser Hinsicht die getroffene Vereinbarung nur als zeitweise Regelung anzusehen sei und nicht als Präzedenzfall gelten dürfe. An der Delegiertentafel sah gestern als Vertreter Canadas Senator Belcourt.

Die Konferenz nahm zunächst den Antrag Herriots an, wodurch

ein Juristenausschuß ernannt wird, der aus dem Rechtsberater im Auswärtigen Amt, Sir Cecil Hurst und dem Mitglied des französischen Auswärtigen Amtes, Fromageot, besteht. Aufgabe dieses Ausschusses wird es sein, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wirft die Durchführung des Dawes-Planes Fragen auf und wenn ja, welche Fragen, die durch eine besondere Vereinbarung mit Deutschland geregelt werden müßte?
2. Welches Verfahren soll angenommen werden, um eine derartige Vereinbarung zustande zu bringen ohne in irgend einer Weise dem Versailler Vertrag zuwiderzuhandeln.

Die Arbeit dieses Ausschusses wird als erster Schritt zur Sinngleichung deutscher Vertreter zur Konferenz angesehen. Im Sinn edes ersten Komitees sprach hierauf Snowden, der jedoch nicht offiziell einen Bericht unterbreitete. Er gab eine Uebersicht über die Arbeiten des Komitees und erklärte, verschiedene Mitglieder wollten über die Grenze des ihnen zugewiesenen Verhandlungstoffes gehen. Er habe sich jedoch dagegen ausgesprochen. Thomas erörterte hierauf die Arbeit des zweiten Ausschusses und erklärte, der Ausschuß sei noch nicht bereit einen Bericht zu erstatten. Endlich verlas Rinderley den Bericht des dritten Komitees vor. Es folgte eine längere Erörterung über die Ausdehnung des den verschiedenen Komitees zugewiesenen Verhandlungstoffes. Die Komitees werden jetzt ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Heute Donnerstag findet wahrscheinlich eine weitere informelle Zusammenkunft der Bankvertreter statt.

Paris, 23. Juli. (WTB.) Der Sonderberichterstatter der Havasagentur in London meldet, die heutige zweite Vollziehung der Konferenz habe im wesentlichen die Entscheidung getroffen, von den eingesetzten drei Ausschüssen zu fordern, daß sie ihre Arbeiten fortsetzen. Insbesondere habe der erste Ausschuß den Auftrag erhalten, weiter zu prüfen, ob dem Verlangen der Bankiers nach weiteren Garantien Folge geleistet werden solle. Der zweite Ausschuß sei beauftragt worden, den Versuch fortzusetzen, eine Grundlage für ein Einvernehmen in der Eisenbahnfrage zu finden. Endlich sei dem Ersuchen des dritten Ausschusses um Ausdehnung seiner Machtbefugnisse stattgegeben worden. Die Konferenz hat sich wie Havas weiter berichtet, schließlich mit der Frage der Einladung Deutschlands zur Konferenz beschäftigt und sie dem französischen Rechtsfachverständigen Fromageot und dem englischen Kronjuristen Cecil Hurst zur Prüfung überwiesen.

Herriot informiert sich in Paris.

Paris, 23. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ meldet: Es bestehen stichhaltige Gründe zu der Annahme, daß Herriot, wenn die Konferenz eine Verständigung unter allen herbeigeführt habe, sich nach Paris zu begeben gedenke, bevor die Deutschen zur Diskussion zugelassen werden. Die Reise würde zwischen Freitag und Anfang der nächsten Woche stattfinden. Man könnte nicht umhin, fügt der Berichterstatter hinzu, dieses Gerücht mit der Reise des Abgeordneten Bokanowsky nach London in Verbindung zu bringen. Herriot werde die Absicht zugesprochen, sich beim französischen Parlament Dekung zu verschaffen und insbesondere die Grenze noch etwa zu machender Zustände sich vorzuschreiben zu lassen, damit in den Verhandlungen mit den Deutschen jedes Zurückweichen vermieden werde.

London, 24. Juli. Der französische Ministerpräsident Herriot wird heute London verlassen, um sich nach Paris zu begeben. Er wird am Montag wieder in England zurück erwartet.

Neue Verhandlungen mit den Bankiers.

Heute vormittag fanden weitere Besprechungen der führenden Bankiers mit den Finanzministern der Entente statt, bei denen wiederum zahlreiche Kompromißvorschläge für eine bessere Fassung der Beschlüsse des ersten Ausschusses erörtert wurden.

Die Grundlage aller dieser Kompromißversuche bestand in dem Bestreben, die Reparationskommission, sei es auf die Vorschläge eines Gutachter-Ausschusses festzulegen, die eingeholt werden müßten, sobald eine deutsche Nichterfüllung in Frage käme — dies ist der Kernpunkt der belgischen Vorschläge — sei es — was größere Gegenliebe bei den Finanzkreisen fand — die Frage der Feststellung einer solchen Nichterfüllung und die Festsetzung der dann notwendig werdenden Sanktionen einem Sachverständigen-Ausschuß zu übertragen, der sich aus je einem englischen, französischen und amerikanischen, belgischen und italienischen Mitglied des Dawes- oder Mac Kenna-Ausschusses, sowie einem ständigen Vertreter des Bankiers-Syndikats, das die deutsche Anleihe auslegen wird, zusammensetzen soll.

Eine deutsche Erklärung.

London, 23. Juli. Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht heute eine offizielle Erklärung der deutschen Regierung über die Stellung des Reichskanzlers zu etwaigen Verhandlungen in London. In dieser Erklärung heißt es: Daß Deutschlands guter Wille notwendig sei, damit der Anleihe ein voller Erfolg beschieden werde und daß man diesen guten Willen von Deutschland nicht erwarten könne, wenn Deutschland jeden Augenblick Sanktionen aufgelegt würden wegen angeblicher Nichterfüllung, die festgestellt sei durch ein gegen Deutschland eingekommenes und somit nicht unparteiisches Tribunal der Reparationskommission. Die deutsche Delegation werde, wenn sie nach London kommt, diesen Standpunkt darlegen. Sie erwarte daß ihr gestattet wird, ihre Ansicht voll zum Ausdruck zu bringen und werde nicht bereit sein, nach London zu kommen, um nur die Unterschrift unter das Protokoll zu setzen, das ihr sie und fertig von den Alliierten vorgelegt werden würde. Die deutsche Delegation werde ferner Aufklärung verlangen über die Frage der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes, da es zweifelhaft sei, ob irgend eine deutsche Regierung auch nur eine Woche am Ruhr bleiben könnte, wenn sie nicht in der Lage sein würde, dem Reichstag irgend ein Abkommen über die militärische Räumung des Ruhrgebietes in Ergänzung des allgemeinen Abkommens mit den Alliierten mitzuteilen. Die deutsche Delegation werde ferner nachdrücklich Einspruch erheben gegen das Beibehalten von einigen tausend französischen und belgischen Eisenbahnern im Ruhrgebiet und im Rheinland, da dadurch die deutsche Wirtschaftseinheit, die nach dem Dawesplan wiederhergestellt werden soll, in Frage gestellt sei. Wenn keine befriedigende Lösung in dieser Frage gefunden werden sollte, so werde die Regierung mit großen innerpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die möglicherweise eine Regierungskrise und den Ersatz der gegenwärtigen Regierung durch eine andere Regierung zur Folge haben müßte, die viel weniger entgegenkommend sein würde.

Es handelt sich bei dieser im „Manchester Guardian“ veröffentlichten Erklärung wohl um die Formulierungen des Memorandums, das der deutsche Botschafter in London am Samstag dem englischen Kabinett übergab.

Freiwillige Zustimmung Deutschlands. Voraussetzung des Dawesplanes.

Berlin, 23. Juli. Unter der Ueberschrift „Die Einladung Deutschlands“ schreibt das Organ des Außenministers, die „Zeit“: Wir hatten wiederholt darauf hingewiesen, daß es verständlich erscheint, wenn die Mächte der Gegenseite zunächst eine Verständigung innerhalb ihres Kreises herbeiführen wollen. Unentwäglich bleibt aber im Anschluß daran, immer die Verständigung mit Deutschland auf der Grundlage von Verhandlungen, die uns die Vertretung unserer Wünsche ermöglicht. Die Frage der Zulassung Deutschlands scheint an sich entschieden zu sein. Es ergibt sich aber noch keine volle Klarheit darüber, in welcher Form die Teilnahme Deutschlands an den Londoner Verhandlungen geplant ist. Frankreich scheint immer noch Bedenken dagegen zu haben, Deutschland auf dem Fuße der Gleichberechtigung zuzulassen und ihm etwas anderes zu gewähren, als lediglich die Entscheidung, ob es das Ergebnis, das die Mächte in ihren Beratungen erzielt haben, entweder annehmen oder ablehnen will. Eine solche Behandlung Deutschlands würde dem Geiste des Gutachtens vollkommen widersprechen.

Neueste Nachrichten.

Die Londoner Konferenz trat gestern nachmittag zu ihrer zweiten Vollziehung zusammen.

Die Frage der Einladung Deutschlands wurde dem französischen Rechtsfachverständigen Fromageot und dem englischen Kronjuristen Cecil Hurst zur Prüfung überwiesen. Französische Rechtsfachverständige haben sich dahin ausgesprochen, daß es zweifellos notwendig sein werde, über gewisse Punkte des Protokolls mit Deutschland zu verhandeln, daß aber die französische Regierung, bevor sie eine Einladung offiziell mitunterzeichnet, genötigt ist, gegenüber ihrer Opposition durch ein eindeutiges und einwandfreies Rechtsgutachten der beiden Juristen sich zu decken, die an der Abfassung des Textes des Friedensvertrages von Versailles in hervorragendem Maße beteiligt gewesen sind und daher das nötige Ansehen besitzen, um durch ihr Votum die Zuziehung der deutschen Delegation zu rechtfertigen.

In Paris hat das Vorgehen der Finanzleute in der Sanktionsfrage begreiflicherweise großen Unwillen erregt.

Der Reichspräsident empfing heute Vertreter verschiedener Organisationen an Rhein und Ruhr, die ihm die Notlage der Vertriebenen bei der Rückkehr in ihre Heimat auseinandersetzen.

In der Umgebung von Saarlouis kam es zu schweren Ausschreitungen französischer Soldaten, die in Saarlouis stationiert sind.

Im Reichstag begann gestern eine große sozialpolitische Debatte.

Die Deutschnationalen haben als Vorbedingung für die deutsche Teilnahme an der Londoner Konferenz bestimmte Forderungen aufgestellt, darunter auch den Widerruf des der Wahrheit widersprechenden Schulbekenntnisses.

Im bayrischen Landtag wird infolge einer sozialdemokratischen Interpellation über den Hitlerprozeß verhandelt.

Das Gutachten setzt voraus, daß Deutschland in freiwilliger Verpflichtung Lasten auf sich nimmt, die über das Versailler Diktat hinausgehen und in freiwilliger Mitarbeit die Ausführungsbestimmungen trifft, die zur Durchführung des Gutachtens notwendig sind.

In der Form eines Diktats läßt sich eine solche Mitarbeit nicht erzwingen, deshalb haben auch die Vertreter der Amerikaner in richtiger Erkenntnis der Sachlage erklärt, daß man Deutschland für eine freiwillige Zustimmung gewinnen müsse. Will man das aber, so sind Verhandlungen mit Deutschland als gleichberechtigte Macht unerlässlich. Es wird sich noch zeigen müssen, ob die Einladung Deutschlands in diesem Sinne und Geiste erfolgt und davon wird es auch abhängen, ob und in welcher Form Deutschland der Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz Folge leistet.

Im Falle einer tatsächlichen Anhörung Deutschlands werden der deutschen Delegation außer dem Reichskanzler und Außenminister Dr. Stresemann, auch der Finanzminister Dr. Luther, der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, v. Schubert, und der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Koeder, angehören. Die ordentlichen Delegierten werden von einem Stab von Persönlichkeiten begleitet sein. Jedoch wird die Gesamtzahl der zu entsendenden Persönlichkeiten schon aus Sparmaßrücksichten auf ein Minimum beschränkt werden.

Deutsch-französischer Zwischenfall.

Schwere Ausschreitungen französischer Soldaten in Saarlouis. Saarbrücken, 23. Juli. In der Umgebung von Saarlouis kam es zu schweren Ausschreitungen französischer Soldaten, die in Saarlouis stationiert sind. Sie drangen zu etwa 15 Mann abends gegen 9 Uhr in betrunkenem Zustande in eine Wirtschaft ein, zwangen den Wirt, ihnen Bier auszuschenken, mißhandelten den Kellner, dem sie die Zeche schuldig blieben, und ließen schließlich mit blanker Waffe in den Tanzsaal, wo gerade ein Tanzfest abgehalten wurde. Es gab einen großen Tumult, bei dem der Wirt drei Schreckschüsse abgab. Vor dem Lokal kam es dann zu Tötlichkeiten, in deren Verlauf die Soldaten von den Zivilisten entworfen wurden. Dabei erhielt auf bisher noch ungeklärte Weise ein französischer Soldat einen Kopfschuß, so daß er ins Garnisonslazarett gebracht werden mußte.

...lingen
...nterländer
...e der Str.
...Börse- und
...den Verzeichn-
...und Er-
...ngen und
...und sein
...Jahre im
...reisen hat
...eraturge-
...als vers-
...rühmlich
...Geschichten
...verstand,
...cht man
...pfindens,
...Befinnung
...ur seinen
...ene Erin-
...deren Le-
...e. e.
...t.
...bt
...ten,
...che
...debut,
...eifensieder
...ur.
...er
...Biehfsatz
...m.
...Dirkau.
...Verkauf.
...en 29. Juli
...„Hirsch“
...neubach
...Beckenhardt
...e, Havel-
...und Fähr-
...h.: Km.: 5
...ll. Kl., 2m
...88 Anbruch
...on d. Forst-
...Stuttgart.
...ufen
...ein
...er
...mper.
...geholt werd.
...gebühr und
...g Dürr,
...schwanm.
...lle
...en bei
...le.“
...es
...cht
...Einkochen.
...Zeugnisse
...Geboten
...Behandlung.
...arfr. 71.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 24. Juli. In der gestrigen Reichstagsitzung wurde zunächst ein nationalsozialistischer Antrag auf Aufhebung der Festungshaft des im Hitlerprozeß verurteilten Abg. Kriebel dem Rechtsausschuß überwiesen. Dann trat das Haus in die gemeinsame Beratung der Anträge verschiedener Parteien ein, die sich mit der Invalidenversicherung, der Unfallversicherung, der Kriegsbeschädigten- und Erwerbslosenfürsorge, sowie mit der Fürsorgepflicht beschäftigen. Der sozialpolitische Ausschuß hat folgende Aenderung des § 1285 der Reichsversicherungsordnung beantragt, die mit dem 1. August ds. Js. in Kraft treten soll: „Der Reichszuschuß beträgt jährlich 48 G.M. für jede Invaliden- und Witwenrente und 24 G.M. für jede Waisente.“ Ferner sollen nach einem weiteren Ausschußantrag in der Unfallversicherung an die Stelle der alten einheitlichen Renten solche treten, die dem wirklichen Arbeitsverdienst entsprechen. Wer aus der Unfallversicherung Zweidrittel oder mehr der Vollrente bezieht, soll vom 1. Juli d. J. ab eine Sonderzulage von 15 Mark monatlich erhalten. Bei den Kriegsbeschädigtenrenten sollen die Zusatzrenten von 40 auf 50 % erhöht werden, die Renten der Kriegsteilnehmer von 1870 und früher von 10 auf 15 Mark monatlich. Daneben sollen Verbesserungen in den einzelnen Zweigen der Kriegsbeschädigtenfürsorge einhergehen. Bezüglich der Erwerbslosenfürsorge beantragt der Ausschuß, die Hauptunterstützung um 20 bis 25 Proz. und die Familienzuschläge um 50 Proz. zu erhöhen. Für Jugendliche soll die Fürsorge ein Jahr früher als bisher, also mit dem 17. Lebensjahr, schon eintreten. Die Spannung zwischen den Sätzen für männliche und weibliche Erwerbslose soll wegfallen. Schließlich ersucht der Ausschuß die Reichsregierung, umgehend Vorschriften über Verfahren, Beschwerde und Aufsicht bezüglich der Fürsorgepflicht zu erlassen und bei den Ländern und Gemeinden dahin zu wirken, daß die Fürsorgepflichtverordnung ihrem Sinn und Zweck nach durchgeführt wird. Im Laufe der sehr ausgedehnten Debatte suchte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zahlenmäßig nachzuweisen, daß die in den verschiedenen Anträgen verlangte Erhöhung der Leistungen für das Reich, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer nicht tragbar sei. Wenn man, wie gefordert werde, die fehlenden Mittel durch neue Steuern aufbringen wolle, so verlasse man damit den Boden der Versicherung und gehe zur öffentlichen Fürsorge über. Eine Verdoppelung der Invalidenrenten sei unmöglich. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge werde die Regierung aber den Vorschlägen des Ausschusses folgen. Reichsfinanzminister Dr. Luther, der ebenfalls das Wort ergriff, führte Zahlen aus dem Etat an, die zeigen sollten, daß Deutschland heute für die Sozialpolitik mindestens ebenso große Mittel aufbringe, wie in der Vorkriegszeit. Wer jetzt eine weitere Erhöhung der sozialpolitischen Leistungen fordere, der fördere die Gefahr einer neuen Inflation. Gegenüber der Forderung, die durch die Anträge notwendigen neuen Mittel durch neue Steuern zu decken, erklärte der Minister: Wir gehen mit brutalen Steuern vor, aber wir müssen das halt machen, wo die Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen droht. In diesem Moment würde eine Erhebung neuer Steuern kaum möglich sein und es wäre ein furchtbares Schicksal, wenn gerade jetzt, wo eine außenpolitische Konsolidierung zu erwarten ist, die deutsche Währung wieder erschüttert würde. — Um 8 Uhr abends wurde die Weiterberatung auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Kleine politische Nachrichten

Um die Schutzollvorlage.

Berlin, 23. Juli. Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags erklärte für das Reichslandwirtschaftsministerium Ministerialdirektor Hoffmann, das ganze Kabinett stehe hinter der Schutzollvorlage, die keinen Hochschutzzoll bedeute, sondern nur das wiederherstellen wolle, was bereits 1914 bestanden habe. Der Fleischkonsum habe im ersten Quartal 1924 nur 63 Prozent der Vorkriegszeit betragen. Die Seehandlung werde einem Kredit von über 100 Millionen auf 3 Monate an die Landwirtschaft mit 13 Prozent geben. Die Rentenbank liquidiere die Agrarbank und übernehme die Abtragung der Wechselkredite in 3 Jahren. Ein Tochterinstitut der Rentenbank werde als Agrarkreditinstitut gegründet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. Juli 1924.

Verzugszuschläge für Steuerrückstände und Steuerlieferungen.
Der Reichsminister der Finanzen hat mit Wirkung vom 20. Juli 1924 an den Zuschlag für verspätete Entrichtung von Steuern auf 2 Proz. des Rückstandes für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat ermäßigt. Mit Wirkung vom 20. Juli 1924 an wird auch der Zuschlag für verspätete Ablieferung der staatlichen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und der Gebäudeversicherungsteuer durch die Oberamtspflegen nur noch mit 2 Proz. für jeden angefangenen halben Monat berechnet werden.

Rentenmark und Reichsbanknoten auf Postsparkonto.

Die seinerzeit aus der Umstellung des Postsparkontoverkehrs auf Rentenmark sich ergebende Bestimmung, daß nur Rentenmark von den Postanstalten zur Gutschrift auf Postsparkonto angenommen werden darf, wird, wie wir hören, von Ende dieser Woche ab aufgehoben, allerdings mit der Beschränkung, daß nur bei Beträgen bis zu 50 Mark Rentenmark und Reichsbanknoten gleichmäßig in Empfang genommen werden dürfen. Da diese Beschränkung nur einen geringen Teil der Postsparkontoeinzahlungen betrifft, dürften die Anzuträglichkeiten, die sich bisher aus der Verweigerung der Annahme von Reichsbanknoten ergaben, künftighin in Fortfall kommen.

Die ergiebige Tabaksteuer.

Im Monat Juni brachte die Tabaksteuer den Höchstertrag aller Verbrauchssteuern und zwar 38 Millionen M., die Bier-

Ämliche Bekanntmachung.

Bez.: Gebäudebrandversicherung.

Anmeldung der Gebäude und Gebäudezubehörenden zur ordentlichen Jahresprüfung für 1. Januar 1925.

Die Gebäudeeigentümer, insbesondere auch die Eigentümer von Fabriken und Gewerbebetrieben werden aufgefordert, die Anmeldungen zur Neueinschätzung der Gebäude und der Gebäudezubehörenden bei den (Stadt-)Schultheißenämtern anzubringen und zwar getrennt für Gebäude und Zubehörenden. Für die Anmeldung von Zubehörenden sind Vordrucke vom Oberamt zu beziehen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden auf vorstehende Bekanntmachung hingewiesen und beauftragt, die Beteiligten zur Anmeldung von eingetragenen Aenderungen zu veranlassen.

Es wird hierzu auf den Erlaß des Verwaltungsrats der Gebäudebrandversicherungsanstalt vom 18. Juni 1924 No. 1861 (Min.-Amtsbl. S. 156 für 1924) verwiesen.

Bis 1. September 1924 hat der Gemeinderat über das Ergebnis der Durchsicht des Feuerversicherungsbuchs zu berichten.

Gleichzeitig ist zu berichten, ob und wieviele Gebäude des Gemeindebezirks zur Schätzung angemeldet sind.

Calw, den 23. Juli 1924.

Oberamt: G. S.

Steuer 17,7 Millionen Mark und die Zudersteuer 8,7 Millionen Mark.

Halbarmachung der Butter.

Zur Halbarmachung von Butter, die später noch als Tischbutter verwendet werden soll, gibt es verschiedene Verfahren, von denen hier zwei aufgeführt werden sollen.

1. Die Butter wird in jedem Fall mit immer zu erneuerndem Wasser durchgearbeitet und ausgedrückt. Sodann reinigt man ein Weidglas mit Deckel und Ring auf die vorgeschriebene Weise und drückt die Butter bis etwa ein Zentimeter vom Rande fest ein und legt ein mit Salzwasser getränktes Pergamentpapier darüber. Dann trinkt man ein Wattebäuschchen in Größe einer Kirche mit allerbestem rektifiziertem Spiritus, legt dasselbe in die Mitte des Glases auf die Butter, legt den Gummiring auf, hält mit einer Hand den Deckel unmittelbar über das Glas und zündet das Wattebäuschchen an. Wenn der Deckel so heiß wird, daß man ihn nicht mehr halten kann, läßt man ihn auf das Glas fallen, worauf sich daselbe durch die verdünnte Luft in dem Raum von selber schließt. Man muß die Gläser im Auge behalten, da es leicht vorkommt — wenn die Butter nicht genügend fest eingedrückt war, daß das Glas aufspringt. Man kann bei diesem Verfahren die Butter mehrere Wochen frisch halten. Vor Gebrauch ist es ratsam — sollte die obere Schicht etwas Spiritusgeschmack angenommen haben — dieselbe zum Kochen zu verbrauchen.

Die Butter wird mit Wasser, aber besser mit Buttermilch, durchgearbeitet und ist vollkommen frisch.

2. Wer einen der vielen Konservierungsapparate besitzt, richtet Butter und Gläser, wie oben beschrieben, her, drückt die Butter ebenfalls so fest ein, daß keine Luftbläschen enthalten sind, gießt abgekochtes, erkaltetes Salzwasser darüber und pumpt die Gläser zu. Nach einigen Tagen muß man die Gläser noch einmal auf 60 Grad zupumpen. Dieses Verfahren ist einfacher und sicherer, wie das obige, wer jedoch keinen Apparat besitzt, kann sich auch auf oben besagte Weise helfen.

Wetter für Freitag und Samstag.

Die Luftdruckverteilung hat sich noch nicht ausgeglichen, so daß auch für Freitag und Samstag noch zeitweise bewölkt, und zu vorübergehenden Niederschlägen geneigtes, etwas abgekühltes Wetter zu erwarten ist.

Kriegsgedenkfeier.

(SBC.) Stuttgart, 22. Juli. Am Sonntag, den 3. August findet aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr des Kriegsausbruchs eine Gedenkfeier für die Opfer des Weltkriegs statt. An diesem Tage sind die staatlichen Dienstgebäude in den Reichs- oder Landesfarben zu beflaggen. Am Beflaggen auch aller übrigen öffentlichen und privaten Gebäude an diesem Gedenktag wird gebeten.

Bürgschaft des Staates für gewerbliche Kredite.

(SBC.) Stuttgart, 21. Juli. Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes über die Bürgschaft des württ. Staates für Darlehen zur Aufrechterhaltung der gewerblichen Erzeugung festgestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird. Nach dem Entwurf soll die Staatsregierung ermächtigt werden, zur Aufrechterhaltung der gewerblichen Erzeugung für Darlehen, die der Zentralkasse württ. Genossenschaften, e. G. m. b. H. in Ulm, zur Weitergabe an den gewerblichen Mittelstand, namentlich an das Handwerk, von der preußischen Genossenschaftszentralkasse gewährt werden, bis zum Betrag von insgesamt 5 Millionen Goldmark namens des württ. Staates Bürgschaft zu übernehmen.

Vom Landtag.

(SBC.) Stuttgart, 21. Juli. Der Abg. Göhring hat eine kleine Anfrage gestellt, worin er Auskunft darüber wünscht, welche Ursachen zu der Verzögerung in der Behandlung der Frage des Wiederaufbaues des Neuen Baues in Ulm geführt haben und ob geplant ist, noch in diesem Jahre unter Verwendung der Brandentschädigungsgelder mit der Wiederaufbauarbeit am Neuen Bau zu beginnen, oder was mit den noch erhaltenen Bauresten geschehen soll, um sie vor dem völligen Zerfall zu schützen.

*

(SBC.) Widdbad, 23. Juli. Durch Fahrlässigkeit von Heidelbeersammlern entstand im Stadtwald, unweit der Schukhütte am Eichelberger Sträßchen, ein Brand in einem

Bestand mit Fichten- und Tannenunterholz. Die Brandfläche umfaßt etwa 0,2 Ha. In der Nähe befindlichen Arbeitern gelang es, den Brand erfolgreich zu bekämpfen und größeren Schaden für die Stadtgemeinde fernzuhalten.

(SBC.) Widdbad, 23. Juli. Das Schicksal der hiesigen Versorgungsanstalt beschäftigte in letzter Zeit verschiedentlich die Öffentlichkeit. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr auf eine Anfrage der württ. Regierung geantwortet, er trage sich nicht mit der Absicht, die Anstalt zu verkaufen, diese soll vielmehr nach wie vor den Kriegsbeschädigten dienen. Man wird also über die Zukunft der Anstalt, zu deren Bau dem Reich aus Württemberg sehr erhebliche Spenden zugeflossen sind, beruhigt sein können.

(SBC.) Stuttgart, 23. Juli. Der Staatspräsident hat den Privatdozenten an der Universität Tübingen Dr. Beger, Dr. Borchers, Dr. Neber und Dr. Vogt, den Privatdozenten an der Technischen Hochschule Stuttgart Dr. Lafon und Regierungsbaumeister Jost für die Dauer der Zugehörigkeit zu diesen Lehrkörpern die Dienstbezeichnung eines außerordentlichen Professors verliehen.

(SBC.) Stuttgart, 22. Juli. Die 10 jährige Wiederkehr des Kriegsbeginns wird hier am 2. und 3. August gefeiert, am 2. August abends durch ein Weichkonzert im Hof der großen Infanteriekaserne unter Mitwirkung des Liederkranzes und der Reichswehrkapellen, am 3. August durch Gedenken des Tages bei den Gottesdiensten und um 11 Uhr durch eine Feier im Hof des Neuen Schlosses mit Musik der Reichswehrkapellen, einer Ansprache des Staatspräsidenten und kurzen Gedankreden der Geistlichen beider Konfessionen, sowie das Deutschlandlied. Zum Schluß werden unter dem Geläute sämtlicher Glocken die bis dahin auf Halbmaße befindlichen Fahnen voll gehißt.

(SBC.) Cannstatt, 23. Juli. Seit einiger Zeit ging hier das Gerücht um von einer Verlegung des Finanzamts Cannstatt nach Stuttgart. Nach neueren zuverlässigen Nachrichten scheint bei den Reichsfinanzbehörden die für uns Cannstatter ungläubliche Absicht tatsächlich zu bestehen. Wie man hört, sind auch schon einleitende Schritte geschehen, um die Einwohnerschaft zum Protest aufzurufen.

Tübingen, 22. Juli. Ueber die nationalen Aufgaben der studentischen Jugend sprach im Festsaal der Universität der frühere Reichszustanzler Dr. Michaelis. Er berührte auch die Londoner Konferenz und betonte, daß Dinge, die gegen die Ehre und Würde Deutschlands gehen, nicht angenommen werden dürfen. Wenn aber andererseits das Gutachten unter Berücksichtigung von Ehre und Würde die Möglichkeit zu einer Atempause gebe, Geld vom Ausland, und die Fixierung unserer Verpflichtungen in Aussicht stelle, dann müsse unterschrieben werden. Mancher solide Unternehmer beuge sich in dieser Notzeit unter Geschäftsaufsicht. Das Eigentumsrecht, die Direktion, behalte er doch. So liege der Fall auch bei Deutschland. Es sei nicht notwendig, daß es zu einem Krieg komme, im Deutschland seine Weltgeltung wiederzubringen. Das könne sich auch auf friedlichem Wege vollziehen. Der Redner wandte sich dann gegen die Abneigung der studentischen Jugend gegenüber Ausländern und gegen die Nichtzulassung eines japanischen Offiziers zum Studium an der Tübinger Universität. Gerade um die Ausländer müssen wir uns bekümmern und mit ihnen Gedankenaustausch pflegen, damit sie erkennen, daß unsere Medizin nicht Mitleid, sondern Gerechtigkeit heißt. Weiter wandte sich der Redner gegen den lärmenden Patriotismus. Man müsse mehr schweigen lernen. Nicht Gefühlspolitik bringe uns vorwärts, sondern nützliche praktische Arbeit. Die Studentenschaft sollte alles vermeiden, was den Klassenkampf entfache. Die Zeit sei eine neue und große. Sie könne aber nicht ohne die Jugend reifen und die Studentenschaft müsse von besonderer Art sein, von einer Reinheit, die sich fernhalte von dem, was den Menschen beschmutze. Das Vaterland brauche eine große, männlich starke und reine Jugend. Die Wacht am Rhein wollen wir nicht mehr singen, sondern auch halten. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

(SBC.) Tübingen, 23. Juli. Im Männerabot der Hauptbahnhofs wurde ein etwa 50 Jahre alter Mann erhängt aufgefunden, der weder Ausweispapiere noch sonst etwas bei sich hatte, wodurch seine Persönlichkeit hätte festgestellt werden können.

(SBC.) Hoßberg, OA. Waiblingen, 23. Juli. Das Mädchen Anna Maier, von der unlängst Kleider am rechten Neckarufer aufgefunden wurden, ist unterhalb der Neckarbrücke als Leiche angeschwemmt worden. Da keinerlei Spuren einer Verletzung an ihr zu finden waren, muß angenommen werden, daß sie in geistiger Annahmung den Tod freiwillig im Neckar gesucht hat.

(SBC.) Ulm, 21. Juli. Die Zentralgenossenschaft des Schwäb. Bauernvereins hat hier gestern ihr neues, großzügig angelegtes Lagerhaus eröffnet. Es hat eine nutzbare Lagerfläche von ca. 3000 Quadratmeter. Zunächst ist nur ein Teil des ursprünglichen Projektes durchgeführt während für den anderen Teil die Rohmaterialien bereits vorliegen. Mit der Eröffnung war eine große Maschinenausstellung verbunden. Bauinspektor Wieland übergab mit einer Ansprache den Schlüssel an den Vorsitzenden der Zentralgenossenschaft, den Abg. Schultheiß Dangel-Mepfingen, der seinerseits mit einer Begrüßungsansprache den Schlüssel an Direktor Jech übergab. Reichstagsabg. Landwirt Feilmayr hielt einen Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage und nannte die gegenwärtige Agrarkrise eine Agrarkatastrophe. Er verlangte insbesondere die Einführung von Schutzzöllen für die Landwirtschaft und warnte die Landwirte nachdrücklich, Wechsel zu unterschreiben. Viele Landwirte hätten die Herbstrente bereits zur Hälfte verspätet. Wenn kein Schutz Zoll komme, werde die Landwirtschaft zerschlagen und dann müsse nicht

Großer Bauern-Tag in Calw.

Am 25. Juli (Jakobifeiertag) findet in Calw auf der Wiese der Vereinigten Deckenfabriken ein

Bauerntag verbunden mit einem Reitturnier

sowie einer

Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte

statt.

Reihenfolge der Veranstaltungen:

8—10 Uhr: Übungsreiten und Preisreiten auf dem Festplatz;
 10—11 Uhr: Gottesdienst;
 11—12 Uhr: Konzert auf dem Festplatz;
 12 Uhr: Aufstellung des Festzuges, Spitze bei der „Linde“ an der Stuttgarterstraße; Reihenfolge: Reiter, Musikkapellen, Jungbauernvereine und viele Festwagen;
 1 Uhr: Abmarsch auf den Festplatz;
 1/2 3 Uhr: Begrüßungsansprachen durch Herrn Stadtschultheiß Göhner-Calw, Herrn Ulrich Hanselmann-Liebelsberg, Bezirks-

vorsitzender und durch den Vorstand des Landw. Bezirksvereins Herrn Wilh. Dingler;
 Festredner: Herr Klein, M. d. L., Weingärtner, Vorbachzimmern, Herr Schmid, M. d. L., Landwirt, Schöckingen;
 1/2 4 Uhr: Gesang- und Musikvorträge;
 4 Uhr: Verteilung der gestifteten schönen Preise für Schützen u. Reiter;
 1/2 5 Uhr: Wurstschnappen;
 5 Uhr: Aufführung von Theaterstücken durch die Ortsgruppe Deckenpfronn; anschließend gemütliches Beisammensein.

Alt und Jung von Nah und Fern ist herzlich willkommen zum Bauerntag in Calw.

Die Bauerntagsleitung: J. A.: Walter.

NB. Das Preisreiten findet morgens von 8—10 Uhr auf dem Festplatz statt. Die Reiter- und Jungbauernvereine sollten spätestens um 8 Uhr in Calw sein; für Quartiere ist gesorgt.

Für die Schützen und Reiter sind sehr zahlreiche schöne Preise eingegangen, wofür an dieser Stelle herzlichen Dank gesagt wird. Weitere Preise können abgegeben werden bei Herrn Walter Dingler, Bahnhofstraße.

Betreffs Festabzeichen für die einzelnen Ortsgruppen wird mitgeteilt, daß für Teilnehmer an den Festwagen der Eintritt frei ist.

Weizen-Mehl

in allen Sorten

Futtermehl und Kleie
 Mais und Maismehl
 F. Nonnenmacher.



Deilsamen-Lohnschlägerei

Ich bin laufend Abnehmer von prima
Reps

in gesunder, gut gereinigter und trockener Ware, möglichst waggonweise bei höchsten Tagespreisen.

Außerdem tausche ich Reps sofort gegen mein rühmlichst bekanntes raffiniertes und destilliertes Speise-Repsöl ein. Dasselbe ist unübertroffen und garantiert frei von jedem Nebenengeschmack. Dieses Tauschangebot bezieht sich natürlich auch auf alle übrigen Deilsfrüchte.

Alfred Reclam, Magold
 Fernsprecher 101. — Tel.-Nbr. Reclam.

Wir empfehlen:

Hafer u. Vollgerste
Früh-Kartoffeln

pro Zentner Mk. 6.50 ab unserem Lager
 Gebrüder Schlanderer, Unterreichenbach
 Fernsprecher 2.

Geschwister Kleemann

Guter Hemdenflanell Mtr. 1.10
 Weißer Flanell Mtr. 1.20
 Bettfatin Mtr. 1.10
 Damast 130 cm breit Mtr. 2.40
 Bettzeug Mtr. 1.20, 1.40, 1.60

Damenmäntel, Blusen, Damenkleider, Kostümröcke
 Herrenanzüge :-: Burschenanzüge :-: Knabenanzüge

Herrenhosen, halbtuch, engl. Leder
 und Samt
 Burschenhosen
 Knabenhosen
 zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Bestellen

Sie heute noch das
 Calwer Tagblatt für
 den Monat August.

Drucksachen aller Art
 liefert rasch die Druckerel dieses Blattes.

Spar- und Consum-Verein Calw u. Umgeb. unter Geschäftsaufsicht. Zahlungs-Aufforderung.

Die Mitglieder des Vereins — auch diejenigen, die ihren Austritt nach dem 31. März 1924 erklärt haben — werden andurch aufgefordert

ihre Geschäftsanteile mit 30 M.
 innerhalb 14 Tagen

an die Kasse in Calw einzubezahlen, widrigenfalls zwangsweise Beitreibung eintreten müßte.
 Calw, den 23. Juli 1924.

Die gerichtlich bestellte Aufsichtsperson:
 Gerichtsnotar Kragl.

Schwarzenberg—Unterhollbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde u. Bekannte zu unserer am Samstag, den 26. Juli 1924 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum Ochsen in Oberlengenhardt freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Johann Michael Ghnis,
 Christine Stoll.

Kirchgang in Schönberg.

Weizen- und Roggenmehle
 Futtermehle in versch. Sorten
 Weizenkleie
 Gerste
 Weizen

Mais
 Maismehl
 Delkuchen
 Melassefutter
 Rälbermehl
 Futterkalk
 Koch- u. Viehsalz

Gardenbänder

Otto Jung, Calw.